

ner wie Bayerns Kultusminister Ludwig Huber und Finanz-Sekretär Anton Jaumann.

Parteitagspräsident Rudolf Hanauer: „Da liegt wohl eine biologische Verwechslung vor.“

SPD RHEINLAND-PFALZ

Zuviel Huddel

Im Karneval, Ende Januar, verkündete der Mainzer Sozialdemokrat Jockel Fuchs, 50, seinen Entschluß, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz zu werden. In der Karwoche, am Gründonnerstag, kamen dem frisch gekürten Spitzenkandidaten der SPD erste Zweifel, ob er denn auch der Richtige sei. Und letzte Woche, am Sonntag „Misericordias domini“ („Mitleid des Herrn“), entschied sich der Politiker, die Sache doch lieber bleiben zu lassen.

Jockel Fuchs, Oberbürgermeister der Stadt Mainz, Landesvorsitzender der rheinland-pfälzischen SPD, Fraktionschef der SPD-Opposition im Mainzer Landtag und knapp 100 Tage Anführer eines SPD-Schattenkabinetts unter CDU-FDP-Herrschaft, verblüffte seine Genossen im Rebenland ein Jahr vor der nächsten Landtagswahl mit der Nachricht: „Ich will doch lieber Mainzer OB bleiben.“

Für den SPD-Bundestagsabgeordneten Wilhelm Dröscher, 49, aus Kirn an der Nahe („Man sagt, ich sei der gute Mensch von Kirn“) war der Fuchs-Verzicht „eine ganz schreckliche Entscheidung“. Denn notgedrungen heißt der neue Spitzenmann der Sozialdemokraten jetzt Wilhelm Dröscher.

Der Wechsel so kurz vor der Wahl gibt der SPD von Rheinland-Pfalz erstmals die Chance, ihre eigene Führungskrise zu überwinden und eine absolute Mehrheit des nahezu unangefochtenen CDU-Regenten Helmut Kohl im Landtag (CDU 49, SPD 39, FDP acht, NPD vier Sitze) zu verhindern. Denn Dröscher, der betont linke Vorsitzende des Parteibeirats Rheinland/Hessen-Nassau, ist zwar für CDU-Fraktionschef Johann Wilhelm Gaddum „ein Sozialist“, für Ministerpräsident Kohl aber „die größte politische Potenz der SPD im Lande“.

Fuchs, stets aufgelegt zu „Määnzer Späßjer“ und eher rheinischer Folklore denn linkem Gedankengut zugetan, treibt Politik hingegen „ohne allzuviel Huddel“, unkonzentriert und immer schlecht vorbereitet. Für viele Genossen am Mittelrhein ist der gelernte Parteijournalist „ein profilloser Vertreter des Establishments, der nur Ämter sammelt und Sprüche klopft“.

Weil jedoch die drei verfeindeten Parteibeiräte im Lande — und vornehmlich der Bezirk Pfalz — ihre Autonomie nicht aufgeben wollen, war ihnen der Spaßmacher Jockel gerade recht: als harmloser, fröhlicher Kompromißmann in Fraktionsführung und Landesvorsitz und zuletzt auch als Mannschaftsführer. Gut zustatten kam dem SPD-Kapitän seine Popularität: Mal schunkelte Jockel Fuchs im „Blauen Bock beim Äbbelwoi“, mal teilte er im kurfürstlichen Schloß zu Mainz närrische Orden aus.



Neuer SPD-Spitzenmann Dröscher
„Gonz schreckliche Entscheidung“

Christdemokraten im Mainzer Stadtrat steuerten zwar einen harten Anti-Fuchs-Kurs und erinnerten den vergnügten Stadtvater stets aufs neue an seine kommunalen Pflichten. Daß die Trauben der Landespolitik für Fuchs zu hoch hingen, machten ihm jedoch endgültig erst die Genossen aus der Pfalz klar, die rheinland-pfälzischen Bayern.

Als Landesvorsitzender Fuchs in einer Vorstandssitzung um Vorschläge für die SPD-Wahlkampfmannschaft bat, weigerte sich der Pfälzer Bezirks-Präses, Oberbürgermeister Werner Ludwig (Ludwigshafen), Pfälzer Namen zu nennen. Verstört beendete Fuchs die Sitzung. Ohne Ludwig und die pfälzische SPD (23 000 Mitglieder) ist für die SPD in Rheinland-Pfalz (51 000 Mitglieder) kein Wahlkampf zu führen.

Zwar machten Dröscher und Genossen aus Rheinhessen und dem Westerwald dem störrischen Ludwig später klar, „daß es nicht anders geht“ (Dröscher), doch auch der rheinland-pfälzische DGB-Chef Julius Lehlbach blieb



Dröscher-Vorgänger Fuchs
„Noch lange Määnzer Fassenacht“

skeptisch: Mit Fuchs an der Spitze laufe „die SPD mit offenen Augen in den Dreck“.

Von den starken Männern der Partei verlassen, resignierte Fuchs schließlich und gab auf. In die Bresche sprang Dröscher, der bis zuletzt noch immer auf Fuchs gebaut hatte. Bei einer Landesdelegiertenversammlung am 9. Mai, die den neuen Spitzenmann noch bestätigen muß, ist Dröscher eine breite Mehrheit sicher.

Bonner Hilfe kann der Bundestagsabgeordnete von der Nahe vor allem vom linken SPD-Flügel erwarten. Dröscher zählt — wie auch der Kieler Joachim Steffen, Frankfurts SPD-Chef Walter Möller und Jungsozialisten-Führer Karsten Voigt — zum „Arbeitskreis IV“ der Partei, der auf dem Saarbrücker Bundestag im Mai für die Arbeitnehmer kämpfen und gegen die „vorfabrizierte Meinung des Parteivorstands“ (Möller) opponieren will.

Ein prominentes „Arbeitskreis“-Mitglied hat der Ministerpräsidenten-Kandidat Dröscher schon gewonnen: Berlins Ex-Schulsenator Carl-Heinz Evers will ihm ein linkes Schul- und Hochschulprogramm für Rheinland-Pfalz entwerfen, und im Falle eines Wahlsieges böte sich Evers auch als möglicher SPD-Kultusminister an. Als SPD-Wirtschaftsminister möchte der gute Mensch von Kirn den Bonner Staatssekretär Klaus von Dohnanyi gewinnen, als Justizminister den Bonner Kollegen Adolf Müller-Eminert. Und der Mainzer DGB-Chef Lehlbach soll Innen- oder Sozialminister werden — vorausgesetzt, Wähler und FDP machen mit.

Auch Jockel Fuchs, der nach seiner Abdankung als Anti-Kohl wohl kaum noch über den Wahltag hinaus Partei- und Fraktionsvorsitzender bleiben wird, sieht für die Zukunft klar: „Ich werde noch lange Määnzer Fassenacht feiern.“

RECHT

ENTSCHEIDUNGEN

Bundeswehrangehörige dürfen außerhalb des Dienstes und des Kasernbereichs in Zivilkleidung Schriften des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer verteilen, in denen Wehrpflichtige auf ihr Recht hingewiesen werden. Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern (Bundesverwaltungsgericht; Aktenzeichen: I WDB 1/69).

Das Fernsehgerät ist dann pfändbar, wenn der Schuldner noch ein Radiogerät hat (Oberlandesgericht Frankfurt; Aktenzeichen: 15 W 98/69).

Der Vater eines unehelichen Kindes kann Zurückstellung vom Wehrdienst verlangen, wenn er nach Lage der Dinge der einzige ist, der für das Kleinkind sorgen kann (Verwaltungsgericht Kassel; Aktenzeichen: IV H 69/69).

Ein Architekt macht sich der strafbaren Untreue schuldig, wenn er sich von Handwerkern Schmiergelder versprechen läßt; solche Verträge sind sittenwidrig und nichtig (Oberlandesgericht Hamburg; Aktenzeichen: 6 U 68/69).